



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bildung,
Forschung und
Technikfolgenabschätzung

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94
F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96

www.fzs.de
info@fzs.de

Vorstand
Matthias Konrad
Pablo Fuest
Carlotta Eklöh
Rahel Schüssler

vorstand@fzs.de
matthias.konrad@fzs.de
pablo.fuest@fzs.de
carlotta.ekloeh@fzs.de
rahel.schuessler@fzs.de

Stellungnahme:

Studentische Bedürfnisse beim Thema Wohnen

Bonn, 14. April 2023

Expertengespräch zum „Programm Junges Wohnen und zu sozialer Infrastruktur für Studierende und Auszubildende“ im Rahmen einer öffentlichen Ausschusssitzung.

1. Wohnungsnot und die finanzielle Belastung von Studierenden

Die finanzielle Situation von jungen Menschen ist seit Jahren prekär, doch gerade durch die Corona-Pandemie und die fortwährend steigende Inflationsrate nimmt die Armut zu und betrifft mittlerweile einen Großteil der allein oder in Wohngemeinschaften lebenden Studierenden.¹

Die Armut von jungen Menschen ist ein strukturelles Problem. Für Studierende und Auszubildende könnte das BAföG eine Abhilfe schaffen,

¹ <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/armut-im-studium-30-prozent-aller-studierenden-leben-in-armut/>, 14.04.2023.

doch leider kann es seine potentielle Wirkung viel zu häufig nicht entfalten. Die BAföG-Bedarfssätze sind zu niedrig, die Wohnpauschale ist fernab der meisten Mieten und nicht zuletzt gibt es viel zu wenig BAföG Empfänger*innen. Das strukturelle Problem lässt sich auch nicht durch Einmalzahlungen oder sonstige Entlastungspakete lösen. Die Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhalts spielt für nahezu alle Studierenden eine wichtige Rolle – gerade, wenn es um das Thema Wohnen geht. Denn ein Großteil der Einnahmen von Studierenden fließt in die Miete. Die Mietbelastungsquote in Deutschland für das Jahr 2022 lag bei 27,8 %, ² bei Studierenden wird es sich um einen deutlich höheren Prozentsatz handeln, wenn doch im Durchschnitt 458 € für ein WG-Zimmer anfallen. In Großstädten, welche beliebte Ausbildungs- und Hochschulstandorte sind, sind es zwischen 600 und teilweise sogar über 700 € im Durchschnitt. ³

Wie bereits erwähnt, sind die BAföG-Bedarfssätze zu niedrig und die Wohnpauschale von 360 € nicht ausreichend. Ein weiteres Problem ist aber, dass das BAföG nicht koppelbar mit anderen Unterstützungsleistungen wie Wohngeld oder dem Wohnberechtigungsschein ist. Dies ist bei anderen Sozialleistungen nicht der Fall. Menschen, die von einer hohen Mietbelastungsquote betroffen sind, müssen häufig prekäre Wohnverhältnisse hinnehmen, da sie nicht die Wahl haben ihre Wohnung ohne weiteres zu wechseln.

Für junge Menschen geht es nicht um Luxus, sondern um die Erfüllung eines Grundbedürfnisses. Es braucht dringend Lösungen, um die Wohnsituation für Studierende und andere einkommensschwache Gruppen zu verbessern. Das Programm „Junges Wohnen“ hat das Potenzial, ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Um wirksam zu helfen, darf es jedoch nicht losgelöst stehen, sondern muss sich in eine Reihe von Reformen eingliedern.

2. Wohnheimförderung allein genügt nicht

Aktuell steht nur rund 9 % der Studierenden einen Wohnheimplatz zur Verfügung, ⁴ Auszubildende sind bis auf einige Pilotprojekte gänzlich von der Nutzung ausgeschlossen. Daher sind junge Menschen häufig auf den privaten Wohnungsmarkt verwiesen. Doch auch einige der be-

² https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/_Grafik/_Interaktiv/mietbelastung.html, 14.04.2023.

³ Vgl. https://cms.moses-mendelssohn-insti-tut.de/uploads/Pressemitteilung_Studentisches_Wohnen_So_Se_2023_64b388dbf9.pdf?updated_at=2023-03-29T07:17:48.647Z, 14.04.2023.

⁴ https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/221026_dsw_wohnen22_web_0.pdf, 14.04.2023.

stehenden Wohnheime sind in einem schlechten Zustand und benötigen dringend Renovierungen. Auch der Neubau von Wohnheimen ist aufgrund der langen Planungs- und Bauzeit keine kurzfristige Lösung. Insbesondere für den Fall, dass auch kommerzielle Wohnheime gefördert werden, wird die Problematik der hohen Mieten nicht gelöst.

Wohnheime sind zwar eine wichtige Unterstützung bei der Bekämpfung der Wohnraumnot von Studierenden. Sie können jedoch nicht alle Bedürfnisse von ihnen in dem Maße abdecken, wie es der normale Wohnungsbau kann.

Studierende sind eine sehr heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Wohnbedürfnissen. Manche benötigen für einen einsemestrigen Auslandsaufenthalt ein möbliertes Zimmer, andere aufgrund von chronischen Krankheiten dauerhaft eine personalisierte Einrichtung. Auch gibt es Studierende mit Kindern, die spezielle Anforderungen an den Wohnraum haben. Somit sind unterschiedliche Wohnformen notwendig, um allen Studierenden gerecht zu werden und ihnen ein menschenwürdiges Wohnen während des Studiums zu ermöglichen. Grundsätzlich ist festzustellen: Alle Bedürfnisse beim Thema Wohnen, die in der Gesellschaft existieren, existieren auch bei Studierenden. Es ist wichtig, dass die Politik dies bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum berücksichtigt.

Sofern Studierende keinen Wohnheimplatz bekommen und das Budget für viele kommerzielle Wohnungen nicht reicht, wird angeführt, sie könnten weiterhin zu Hause leben. Das Leben bei den Eltern stellt jedoch für viele keine Alternative dar. Zum einen ist dies nicht mit der freien Studienortswahl vereinbar, da viele Studiengänge nicht in ganz Deutschland angeboten werden und gerade in dünnbesiedelten Regionen es noch nicht einmal Hochschulen in schneller Erreichbarkeit gibt. Insbesondere Studierende aus nicht-akademischen Familien stehen aber auch häufig vor dem Problem, zuhause keine angemessenen Arbeitsumgebung und kein eigenes Zimmer als Rückzugsort zu haben. Eine volle Konzentration auf das Studium ist nicht möglich. Verstärkt wird das Problem dadurch, dass sie häufig nicht die gleichen Ressourcen und Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung haben wie Studierende aus akademischen Familien.

3. Anforderungen an den Standort des Wohnraums

Neben den unterschiedlichen Ansprüchen an die Wohnung, gibt es auch an die Lage und die Umgebung Anforderungen. Eine gute Erreichbar-

keit zum Studienort ist ebenso wichtig wie eine ausreichende Infrastruktur in der näheren Umgebung. Viele Studierende sind auf Nebenjobs angewiesen, um ihr Studium finanzieren zu können. Daher ist auch bei Hochschulen, die als Campus konzipiert sind, eine schnelle Anbindung in die Stadt oder zu sonstigen Arbeits-Ballungszentren notwendig. Damit ein Großteil der studentischen Interessen beim Bau von Wohnraum berücksichtigt wird, ist eine Beteiligung der Studierenden auf den verschiedenen Ebenen der Planung notwendig. Eine studentische Selbstverwaltung sollte nach der Vollendung des Bauvorhabens gefördert werden, um Anliegen der Bewohner*innen kontinuierlich berücksichtigen zu können.

So ist es beispielsweise wichtig, dass Wohnraum den Bedürfnissen von Studierenden mit Care-Verpflichtungen entspricht. Das betrifft nicht nur Studierende mit Kindern, sondern auch solche, die Angehörige pflegen oder betreuen müssen.

Auch Menschen mit Behinderung haben spezielle Anforderungen an den Wohnraum und benötigen eine barrierefreie Infrastruktur, um ihr Studium erfolgreich absolvieren zu können. Neben der entsprechenden Ausstattung des Wohnraums, muss auch der Standort gewissen Standards entsprechen. Bei der Standortwahl ist es ebenfalls wichtig, dass es sich um eine sichere Umgebung handelt. Gerade für Frauen und internationale Studierende kann es in manchen Stadtteilen zu Belästigungen oder Diskriminierungen kommen.

Wenn Wohnheime für Studierende weit außerhalb gebaut werden, kann dies zu einer gesellschaftlichen Isolation führen. Gerade für die, die neu in der Stadt sind und sich noch nicht gut auskennen, kann es schwierig sein, Anschluss zu finden und soziale Kontakte aufzubauen. Auch für internationale Studierende kann eine solche Isolation besonders belastend sein, da sie oft nicht nur mit sprachlichen Barrieren, sondern auch mit kulturellen Unterschieden und Heimweh kämpfen müssen. Es ist daher wichtig, dass bei der Planung von Wohnheimen auch das soziale Umfeld berücksichtigt wird.

4. Solidarität statt Spaltung

Wohnraummangel darf nicht dazu führen, dass verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, vor allem nicht Auszubildende und Studierende.

Viel zu häufig kommt es zu einer Isolation bestimmter Statusgruppen, dies führt zu Vorurteilen und weniger Verständnis für andere Lebensumstände. So hält sich auch nach Jahren, in denen ein Großteil der Studierenden in Armut lebt, immer noch das Vorurteil, die Armut sei in der

Faulheit der Studierenden begründet. Eine soziale, aber auch gesellschaftliche Durchmischung ist daher wichtig.

Um die Solidarität zwischen den Gruppen zu fördern und Isolation zu vermeiden, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer verbesserten Wohnsituation für alle führen. Dabei geht es nicht nur um den Bau von Wohnheimen, sondern vor allem auch den Ausbau von sozialen Wohnungsbauprojekten und Vergemeinschaftung.

Es profitieren alle Seiten, da an Hochschulstandorten das Leben pulsiert. Studentische Initiativen schaffen in Städten ein breites kulturelles Angebot, das nicht nur Studierenden zugänglich ist und eine Bereicherung für die gesamte Umgebung darstellt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es einen gut durchdachten Aus- und Umbau von Wohnheimen braucht, genauso wie einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus im Allgemeinen. Sinnvoll wäre auch ein erleichterter Zugang zu sozialem Wohnraum für alle Menschen in Ausbildung und ein wirksamer Kampf gegen unverhältnismäßig hohe Mieten.